

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverwaltung, werte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Mit der Abstimmung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 101 „Bismarckstraße/Marstallstraße“ geht heute ein Prozess zu Ende, den ich persönlich als gutes Beispiel für konstruktives Ringen und demokratische Arbeit empfinde.

Ermöglichen und nicht verhindern – so muss doch das Gebot der Stunde sein!

In langen öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzungen, Sondersitzungen und sonstigen Auseinandersetzungen haben wir das Vorhaben so hingebogen, dass einige mehr als vorher, einige ohnehin und einige nach wie vor leider nicht damit leben können.

Darüber hinaus wird bei diesem Projekt einmal ganz deutlich, welch ein Bürokratiedschungel anwächst, wenn man lediglich ein städtisches Quartier bebauen möchte.

Aus Anlage 5 der Vorlage geht hervor, welche Träger öffentlicher Belange und Behörden in dieses Bauvorhaben eingebunden werden. Das Polizeipräsidium Mannheim, das Regierungspräsidium, das Landesamt für Denkmalschutz beim RP Stuttgart, Nachbarschaftsverband HD-MA, Vermessungsamt, Gesundheitsamt, Naturschutzbehörde, Wasserrechtsamt, Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz, Amt für Flurneuordnung – so etwas gibt es ..., Kreisforstamt – der nächste Wald ist rund 2km entfernt, IHK, Telekom, NetzeBW, VRN, Brühl, Ketsch, Mannheim, Frankfurt ... nein Frankfurt nicht...

Alle waren aufgefordert ihren Senf dazu zu geben – und wir wundern uns, warum es an vielen Stellen nicht voran geht...

Nun zum Thema

Uns liegt ein vorhabenbezogener Bebauungsplan vor, der ein acht-Parteien-Wohnhaus, orthogonal dazu fünf Stadt-Reihenhäuser und im Innenbereich zwei eingeschossige Gewerbeeinheiten beinhaltet. Ferner eine vollständige Unterkellerung für eine private Tiefgarage, sowie drei oberirdische Stellplätze im Innenbereich.

Die Wohngebäude sind unkritisch, liefern sie doch einen Beitrag, die Wohnsituation in Schwetzingen etwas zu entspannen. Zudem sind sie – zumindest gemäß den Zeichnungen – schön anzusehen.

Die Tiefgarage ist wichtig, da sie die PKW der künftigen Bewohner verschwinden lässt und somit der angespannten Parksituation in dem Viertel Rechnung trägt.

Bei den Stellplätzen im Innenbereich muss ich leider sagen: „hinterher ist man klüger“. Das Entfernen der Stellplätze würde bedeuten, dass die Gewerbetreibenden anderweitig Parkplätze ausweisen müssten, da die Tiefgarage nur privat, also von den Bewohnern nutzbar ist.

Nun zum Stein des Anstoßes: die Gewerbeeinheiten im Innenbereich. Gewerbeeinheit bedeutet, dass hier Arbeitsplätze entstehen werden. Kann man sich dagegen wehren?

Ermöglichen und nicht verhindern!

In Übrigen wurde bei der Gebäude- und Innenhofgestaltung alles rausgeholt, was Grünbedachung, Intensivbegrünung, Freiflächen, Nutzungseinschränkung, Materialien, u.s.w. hergeben. Gleichzeitig hören wir tagtäglich besorgte Nachrichten über zurückgehende Bauvorhaben aufgrund steigender Kosten beim Bau an sich und bei der Finanzierung. Haben wir hier am Tisch mit den ganzen Kröten, die der Bauherr zudem alle geschluckt hat, nicht auch einen Beitrag dazu geleistet? Welches Signal senden wir hier an Menschen, die sich künftig in unserer Stadt engagieren wollen. Motivation sieht etwas anders aus.

Ermöglichen und nicht verhindern!

Die Flächennutzungszahl GRZ liegt im Vergleich zu vergangenen Bauvorhaben mit 0,7 im mittleren bis oberen Bereich, befindet sich jedoch noch deutlich unter dem Maximalwert von 0,8 – ist also auch nicht als qualifiziert, um als Verhinderungsgrund zu dienen. Und wenn der Wert vom Stadtplanungsamt so ermittelt wurde, dann gehen wir davon aus, dass es auch so ist.

Letztlich stimmen wir darüber ab, ob wir im Innenbereich zwei baulich moderne Gewerbeeinheiten mit Grünflächen und Kinderspielplatz haben werden, oder ob wir den Innenbereich zupflastern und 13 Stellplätze draufpacken lassen.

Die Fraktion der CDU stimmt der Vorlage zu